

Vorlage-Nr.: **0823-2017/DaDi**

Aktenzeichen:

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Masterplan 2020+ - Änderungsantrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

1. Der Masterplan 2020+ wird nur weiterentwickelt,
 - wenn alle Möglichkeiten der Dezentralisierung von Darmstadt Kranichstein in den Ostkreis des Landkreises geprüft wurden
 - wenn alle evtl. entstehenden Kosten des Masterplanes 2020+ baulicher wie planerische Tätigkeiten dem Kreistag vorliegen
 - wenn formuliert ist in welcher Art und Weise der Stellenplan von derzeit 800 auf 1200 Stellen wachsen soll.
2. Auf einen Architektenwettbewerb zur weiteren Ausgestaltung der evtl. Baumaßnahme wird verzichtet. Architektonischer Aufwand ist durch Eigenleistungen zu erbringen.
3. Unverändert
4. Unverändert

Begründung:

Kommunen wie Schaafheim – Babenhausen – Groß-Umstadt – Münster – Otzberg – Groß-Zimmern und Reinheim gehören eindeutig zu den Verlierern der Entscheidung die Kreisverwaltung nach Darmstadt Kranichstein zu verlegen. Bezieher von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes müssen zu 70 % nicht Termin gebundene Fahrten nach Kranichstein unternehmen. In 15 % der Fälle fahren sie wegen dem gleichen Anliegen zweimal nach Kranichstein.

(Untersuchungen der REGE aus 2014) Nicht Termin gebundene Fahrten müssen selbst finanziert werden. Eine Dezentralisierung der KfB in der Hauptabteilung 500 – speziell der 520 – und 530 (Jugendamt) würde zur merklichen Entlastung der Bürger des Ostkreises des Landkreises führen. Diese Dezentralisierung sollte sich auf die Kommunen Groß-Umstadt oder Dieburg richten.

Weitere Dezentralisierungen der Kreisverwaltung hin in den Ostkreis des Landkreises sollten geprüft werden.

Diese Vorhaben – gerade im Bereich des SGB II – wäre ein hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit und mehr Kundenservice für die Bürger des Landkreises. Die Bezieher von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes des SGB II klagen heute über die hohen Kosten (keine Kostenübernahme von Fahrtkosten) und hohen Zeitaufwand die KfB zu erreichen. Dem muss mit der Umsetzung des Masterplanes 2020+ abgeholfen werden.